



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

2. Sitzung vom 24. August 2020

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.36 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Thomas Hafner

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ganz speziell begrüsst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und Linda Gerstner, die wie üblich für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage zuständig ist, die weiteren Mitarbeitenden der Verwaltung, den Vertreter der Medien und einen Gast. Es freut ihn ganz besonders, dass an der heutigen Sitzung wieder Gäste zugelassen werden konnten nach einem halben Jahr Unterbruch. Auch wenn es heute nur eine Person ist, aber es ist wichtig. Für ihn ist es ein Zeichen des zunehmenden Lernens mit Corona umzugehen. Denn Corona wird die Anwesenden noch lange beschäftigen und ihnen im täglichen Leben noch lange Einschränkungen auferlegen. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass das Corona-Regime für die Einwohnerratssitzungen je nach Entwicklung wieder strenger gemacht werden muss. Auf jeden Fall hält sich der Rat auch heute konsequent an die aktuellen Vorschriften und Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit und der kantonalen und kommunalen Behörden. Daher sitzen die Anwesenden auch heute wieder an Einzeltischen, um den minimalen Abstand von 1,5m sicherzustellen. Es haben nicht alle ein eigenes Mikrophon. Wer kein Mikrophon hat und sprechen möchte, darf daher gerne das Rednerpult benutzen, das nach jeder Benutzung desinfiziert wird. Damit auch andere Personen, die vielleicht unter normalen Umständen als Zuhörer an die Sitzung gekommen wären, mitbekommen können, was der Rat verhandelt, hat das Büro beschlossen, eine Tonbandaufnahme von dieser Sitzung zu machen. Diese Aufnahme wird morgen im Verlauf des Morgens auf der Webseite der Gemeinde aufgeschaltet.

Anwesend sind alle Ratsmitglieder ausser Thomas Hafner. Damit sind 39 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das Absolute Mehr liegt bei 20.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident wurde nach dem aktuellen Stand bezgl. des Gruppenbilds des Einwohnerrats gefragt. Es wäre eigentlich ein Fototermin im Juni vorgesehen gewesen. Wegen Corona wird es auch in absehbarer Zeit nicht möglich sein, ein Gruppenbild zu machen. Die Abstandsregeln lassen dies leider nicht zu. Damit auf der Webseite der Gemeinde trotzdem alle Mitglieder mit einem aktuellen Bild und in einheitlicher, guter Qualität abgebildet werden können, wird die Verwaltung in den nächsten Wochen zu einem Fototermin einladen. Nähere Informationen folgen per E-Mail.

Zudem informiert der Votant, dass der Einwohnerrat im Nachgang zur letzten Sitzung ein Schreiben erhalten hat. Es war ein Schreiben einer Einwohnerin, die sich erfreut gezeigt hat über den Beschluss des Einwohnerrats, den Neubadrain zu sanieren und die Sicherheit für Velofahrende damit zu verbessern. Sie regt an, dass man diesen Ansatz Richtung Norden bis zur Kantonsgrenze mit Basel-Stadt verlängert. Der Präsident hat das Schreiben an das zuständige Mitglied des Gemeinderats zur Beantwortung weitergeleitet.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

- Nr. 14, Anfrage Th. Haefele, FDP: Sekundarschule Binningen rechtsfreier Raum?
- Nr. 15, Anfrage B. Büschlen, Grüne: Nutzung öffentlicher Raum
- Nr. 16, Anfrage R. Oberli, SVP: Unterzeichnung der Parkraumcharta durch den Gemeinderat
- Nr. 17, Anfrage B. Fankhauser, SVP: Energiestrategie – Holzschnitzel-Anlage wie weiter?
- Nr. 18, Anfrage B. Fankhauser, SVP: Covid-19 – Einfluss auf die Gemeindefinanzen
- Nr. 19, Postulat R. Büchelin, SP: Dezentrale Energieversorgung
- Nr. 20, Anfrage S. Abt, SP: Schenkungen an die Gemeinde

Die Anfragen werden wie immer am Schluss der Sitzung vom Gemeinderat mündlich beantwortet. Damit genügend Zeit bleibt, wird der Präsident spätestens um 21.45 Uhr, falls dann noch andere Geschäfte beraten werden, nicht behandelte Traktanden verschieben, damit die Anfragen noch behandelt werden können.

Bereinigung der Traktandenliste

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, seit dem Versand der Traktandenliste ist bei Traktandum 2 «Ersatzwahl im Wahlbüro» eine Änderung eingetreten. Neben Karin Oberli ist letzte Woche Anita Künzli zurückgetreten. Damit das Wahlbüro vollzählig besetzt werden kann, müssen heute nicht nur eine sondern zwei Ersatzwahlen vorgenommen werden. Daher muss die Traktandenliste angepasst werden. Das Büro beantragt deshalb, Traktandum 2 neu in «Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros» umzuschreiben.

ABSTIMMUNG

Anpassung der Traktandenliste: Einstimmig JA (vgl. Abstimmung 01)

://: Die Anpassung der Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 15.06.2020 Genehmigung des Protokolls vom 22.06.2020	
2. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros	12
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.05.2020 Energiestrategie - Bericht 2018 u. 2019 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	205/XII
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2020 Verwaltungsorganisation in Baubelangen: Erfahrungsbericht zur Reorganisation der Bauabteilungen Geschäftskreisführung: Mike Keller	11
5. Bericht des Gemeinderats vom 21.01.2020 Interpellation G. Löhr, SP: Brandruine Kernmattstrasse – Wie lange noch? Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	169/XII
6. Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 Interpellation SP-Fraktion: Fernwärme mit erneuerbarer Energie Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	180/XII
7. Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 Interpellation D. Zimmermann, FDP: Binningen muss Bauzonen aufgeben? Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	184/XII
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2020 Postulat R. Büchelin, SP: Ladestationen für Elektrofahrzeuge Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	129/XII
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.04.2020 Motion D. Zimmermann, FDP: Werterhaltung ist planbar Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	84/XII

- | | | |
|-----|--|---------|
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2020
Postulat D. Zimmermann, FDP: Sicherheit im Strassenraum
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 183/XII |
| 11. | Bericht des Gemeinderats vom 26.05.2020
Interpellation D. Zimmermann, FDP: Rückbau Gasnetz Binningen
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 189/XII |
| 12. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 15.06.2020

Genehmigung des Protokolls vom 22.06.2020

Es gibt keine Einwände oder Bemerkungen zu den beiden Protokollen.

BESCHLUSS

://: Die Protokolle werden genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 12

Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros

Präsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, in den auf den Tischen aufliegen Unterlagen liegen zwei Bewerbungen von Simon Maier und Roman Oberli vor. Bei gleich vielen Kandidierenden wie zu vergebenden Sitzen ist eine Stille Wahl möglich. Gibt es Einwände dagegen? Das ist nicht der Fall.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode werden Roman Oberli, SVP, und Simon Maier, FDP, in Stiller Wahl als Mitglieder des Wahlbüros gewählt.

Traktandum 3

Nr. 205/XII

Energiestrategie - Bericht 2018 u. 2019

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Peter Frauchiger, FDP erwähnt, die FDP habe vom gemeinderätlichen Bericht Kenntnis genommen. Sie stellt fest, dass im eigentlichen Sinn von energiestrategischen Aktivitäten nicht viel gegangen ist. Man kann es auch positiv formulieren: Es wurde sehr viel gearbeitet. Man hat z.B. an verwaltungsorganisatorischen Veränderungen gearbeitet, die nun nachhaltig sind. Ob dies der Bewohner unter der Bezeichnung Energiestrategie versteht, kann nicht beurteilt werden. Aber klar ist, dass Binningen in den momentan wichtigen Themen für eine neuzeitliche Energiestrategie noch viel zu tun hat. Zu den momentan aktuellen Themen, zu denen die Bevölkerung und die Hausbesitzer Informationen möchten, hört man nichts. Gemäss dem Aktivitätenprogramm des Gemeinderats ist alles in Planung und Vorbereitung. Es wäre wünschenswert, wenn der Gemeinderat im nächsten Bericht im Jahr 2022 konkrete Resultate aufzeigen könnte. Der Gemeinderat soll in seinen Überlegungen zu dieser Energiestrategie auch die wirtschaftlichen Chancen des Gewerbes und der KMU bedenken. In anderen Gemeinden gibt es gute Beispiele, wie man in der praktischen Umsetzung für alle eine Win-Win-Situation erreichen kann.

Barbara Fankhauser, SVP äussert, die SVP nehme den kurzen Zwischenbericht zur Kenntnis und danke dem Gemeinderat dafür. Die Fraktion hat zu diesem Thema eine Anfrage eingereicht. Es geht ein wenig in die Richtung, die Peter Frauchiger bereits angesprochen hat. Beim Thema Energie resp. Heizung ist 50 Prozent erneuerbare Energie aufgeführt. Es gibt aber überhaupt keine Rückmeldung. Aus diesem Grund hat die SVP eine Anfrage gestellt und freut sich auf die Beantwortung am Ende der Sitzung.

Ralph Büchelin, SP stellt fest, nebst verschiedenen Massnahmen der Energiestrategie ist der Schwerpunkt sicher die Wärmezentrale mit erneuerbarer Energie. Das Projekt eines Wärmekraftwerks mit Holzschnitzeln beim Schulhaus Spiegelfeld wurde vom Einwohnerrat an der Sitzung im August 2019 nicht behandelt, da diesbezüglich zu viele Vorbehalte bestanden haben. Es zeigte sich, dass ein Standort für eine grosse Wärmezentrale in Binningen nicht einfach ist. Es ist eine dicht bebaute Region. Platz ist nicht im Übermass vorhanden. Man weiss nun nicht, wie es diesbezüglich weitergeht. Es liegen zu dieser Thematik verschiedene Anfragen und Vorstösse vor. Das zeigt, wie pendent das Problem ist. Eine mögliche Lösung von Seiten der SP-Fraktion wäre eine Dezentralisierung der Wärmeproduktion. Sie hat dazu ein Postulat eingereicht, welches einen Strategiewechsel in dieser Beziehung vorschlägt.

Thomas Schwarb, Grüne findet den Bericht namens der Grünen grundsätzlich gut. Er zeigt vor allem klar auf, was für ein enges Verhandlungsfeld die Gemeinde hat. Die Sorge der Fraktion gilt natürlich auch der mehrfach genannten Wärme- oder Heizzentrale. Dort muss sicher etwas gehen. Die Grünen stellten zudem fest, dass es einen Konnex zum nächsten Geschäft «Verwaltungsorganisation in Baubelangen» gibt. Die Energie fehlt dort bspw. im Organigramm, während das Kabelnetz vorkommt. Das Kabelnetz gehört zwar der Gemeinde und im Energiebereich hat sie eigentlich nichts mehr, aber es würde von der Wichtigkeit des Themas Sinn machen, dieses dort auch verwaltungsmässig abzubilden. Entsprechend bereitet es der Fraktion etwas Sorge, ob die personellen Ressourcen für das doch grosse Gebiet im Baubereich genügend sind. Die Grünen nehmen den Bericht ansonsten gerne zur Kenntnis.

Rahel Amacker, CVP dankt dem Gemeinderat für den Bericht über die Aktivitäten im Rahmen der Energiestrategie. Das Aktivitätenprogramm zeigt übersichtlich, welche Massnahmen wie umgesetzt worden und welche noch offen sind. Dabei würde die CVP gerne auf zwei Themen genauer eingehen. In der Energiestrategie ist aufgeführt, wo die Gemeinde tendenziell über einen hohen Handlungsspielraum verfügt. Die zwei grössten Punkte sind die Nutzung von erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung sowie die Erhöhung des Anteils an Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr bei der Mobilität. Der erste Punkt ist allen Anwesenden bewusst. Der Anteil an erneuerbaren Energien im Wärmenetz sollte mind. 50 Prozent betragen. Die Primeo Energie AG stellt jedoch aktuell keine Lösung bereit, diesen vertraglich zugesicherten Anteil zu liefern. Es ist wichtig, hier dran zu bleiben und mögliche Alternativen zu prüfen. Es muss eine Lösung gefunden werden, um den Anteil von 50 Prozent zu erreichen.

Der zweite Punkt ist die Förderung der nachhaltigen Mobilität. Bei der Einrichtung eines attraktiven Fuss- und Radnetzwerks sowie der Prüfung von Möglichkeiten für Veloschnellrouten ist eine örtliche Trennung der unterschiedlichen Verkehrsmittel zentral. Sprich: Fussgänger und VelofahrerInnen brauchen sichere und attraktive Wege. Dabei muss man auch die starke Zunahme der E-Bikes berücksichtigen. Schnelle E-Bikes sind nicht einfach gleichzusetzen mit Velos ohne Antrieb. Generell glaubt die Fraktion, dass es bei der Förderung von nachhaltiger Mobilität noch Luft nach oben gibt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP ist nicht unbedingt gleicher Meinung, dass nichts gemacht wurde. Sie schaut sich das Aktivitätenprogramm aber gerne noch einmal an. Die Rednerin möchte darauf hinweisen, dass der Rat ausdrücklich jedes zweite Jahr einen kleinen Zwischenbericht gewünscht hat und alle vier Jahre einen grossen Bericht. Vielleicht ist dies auch die Konsequenz daraus, dass dieses Mal nur ein kleiner Bericht erstattet wurde. Im Übrigen stammt der Bericht von Anfang Jahr, da er schon mehrmals verschoben wurde. Das darf auch nicht ganz ausser Acht gelassen werden. Abgesehen davon sind die Themen auf dem Radar. Mobilität ist klar ein Thema, Wärmeversorgung auch. Dort ist man daran und es könnte sich etwas bewegen. Sie berichtet gerne, wenn es etwas Konkretes zu berichten gibt.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht über die Aktivitäten der Gemeinde im Rahmen der Energiestrategie zur Kenntnis.

://: 2. Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle zwei Jahre, abwechselnd mit einem Zwischenbericht und einem ausführlicheren Bericht, nächstes Mal im 2022 für die Vorjahre.

Traktandum 4

Nr. 11

Verwaltungsorganisation in Baubelangen: Erfahrungsbericht zur Reorganisation der Bauabteilungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Claudia Fünfschilling, FDP erläutert, die FDP nehme vom Erfahrungsbericht wohlwollend Kenntnis. Sie ist erfreut, dass der Gemeinderat hiermit seine Verantwortung bzgl. zweckmässiger Organisation der Verwaltung wahrgenommen hat und dass die Reorganisation zu Verbesserungen bei Effizienz und Qualität geführt hat. Die Fraktion hofft, dass sich die Organisation anlässlich der anstehenden grossen Bauvorhaben bewähren wird.

Beatrice Büschlen, Grüne hat den knappen Bericht etwas verwundert studiert. Die Reorganisation ist seit 2017 im Gang, im 2018 hat es immer noch ein wenig geknarzt, und in diesem Bericht äussert sich der Gemeinderat zurückhaltend bei den organisatorischen Änderungen mit dem Begriff «insgesamt». «Insgesamt» bedeutet ja eigentlich, es gibt noch ein paar defizitäre Bereiche, insgesamt ist die Bilanz jedoch positiv oder über die Gesamtheit gesehen so im Durchschnitt. Insgesamt kann sich die Fraktion zwar mit den Zielen der Reorganisation anfreunden, aber viele Fragen bleiben nach wie vor offen. Der Bericht ist den Grünen zu mager ausgefallen. Sie fragen sich warum. Der Gemeinderat bilanziert Effizienzgewinn und Qualitätssteigerung. Was ist dann bei diesem «insgesamt» noch nicht erreicht? Wenn die Prozesse aufgenommen wurden und eingespielt sind, wo gibt es denn noch defizitäre Bereiche?

Unklar ist für sie auch die Dauer der gemeinderätlichen Baukommission. Wenn diese nur für die anstehenden Grossprojekte fokussiert eingesetzt wird, wie dies die Ziele der Reorganisation aussagen: Wird die Kommission dann wieder aufgelöst oder neu reorganisiert, wenn die Grossprojekte beendet sind? Es hat die Fraktion gefreut, dass mit der neuen Struktur 20 Stellenprozente eingespart werden konnten. Es freut sie auch, dass dies mit einem Effizienzgewinn erreicht wurde und nicht mit Mehrbelastung des Personals. Wenn aber mit einer externen Projektführung schlussendlich viel mehr Geld ausgegeben wird, ist für die Grünen das Ziel von mehr Effizienz- und Synergiegewinn auch nicht erreicht. Im Organigramm sieht man erfreulicherweise doch eine Leitung der Bauverwaltung. Ein Koordinator, der die Übersicht über alle Projekte und Aufgaben der Bauverwaltung hat. Aber wie im vorherigen Geschäft erwähnt, fehlt der Fraktion im Organigramm der Ort, wo die Energiestrategie angesiedelt wäre. Die Grünen nehmen den Bericht zur Kenntnis und sind insgesamt zufrieden.

Hubert Steffen, SVP dankt dem Gemeinderat namens der SVP-Fraktion für den übersichtlichen Zwischenbericht. Papier ist ja bekanntlich geduldig. Es tönt alles gut, doch ob das in der Realität stimmt und umgesetzt wird, kann von Aussenstehenden nicht überprüft werden. Jede Organisation ist nur so gut wie die beteiligten Personen gewillt sind, dies auch umzusetzen und zuzulassen. Man widerspricht sich selbst, indem man von knappen personellen Ressourcen im Energiestrategie-Bericht redet. Der Gemeinderat spricht von Effizienzgewinn und Qualitätssteigerung. Für die SVP ist dies ein Widerspruch.

Andrea Alt, CVP führt aus, die CVP nehme den Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis und danke der Verwaltung dafür. Sie freue sich über die positive Bilanz, die der Gemeinderat nach zwei Jahren ziehen kann. In Binningen stehen in den kommenden Jahren einige Grossbauprojekte an. Über diese wurde hier bereits mehrfach diskutiert und abgestimmt. Man war sich meist einig, dass die Projekte gut aufgeleitet sind und auch einer Prüfung durch die BPK standhalten. In diesem Punkt zeigt sich für die Fraktion, dass das vom Gemeinderat gewählte System funktioniert. Durch das Zusammenlegen der Bauabteilungen, die Einbindung eines Bauprojektmanagements und der ausgebauten Sekretariatsstelle konnten die Effizienz erhöht und sogar Stellenprozente eingespart werden. Dass eine gemeinderätliche Baukommission die laufenden Projekte vorberät, erachtet die CVP ebenfalls als sinnvoll und zielführend. Eine Diskussion im Gesamtgemeinderat würde bestimmt zum gleichen Resultat führen.

Dass die Abhängigkeit von Externen gross ist, lässt sich nicht bestreiten. Bei den anstehenden Grossprojekten sind nicht alle Fachdisziplinen auf der Verwaltung abgedeckt und müssen extern bezogen werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass das Bauprojektmanagement die eingekauften Dienstleistungen sinnvoll koordinieren kann. Ein System sollte ihrer Meinung nach immer personenunabhängig funktionieren. So wie die Organisation jetzt aufgebaut ist, ist die CVP überzeugt, dass dies auch in den kommenden Jahren und sollte es personelle Veränderungen geben, der Fall sein wird. Bei all den anstehenden Aufgaben und Projekten wird die Fraktion gerne auch in Zukunft durch den Gemeinderat oder auch die BPK auf dem Laufenden gehalten. Sie folgt den Anträgen des Gemeinderats.

Susanne Tribolet, SP bedankt sich namens der SP beim Gemeinderat für den Erfahrungsbericht zur Reorganisation der Bauabteilungen. Vor zwei Jahren, am 5. März 2018, beschloss der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat in zwei Jahren dem Rat berichten soll, wie sich die neu geschaffene Verwaltungsorganisation bewährt hat. Die SP hat dem Bericht sehr kritisch entgegen geschaut. Sie waren damals nicht begeistert und gespannt, ob sich das Ganze gut entwickelt. Der Gemeinderat hat aufgezeigt und ist überzeugt, dass die neue Organisation geeignet ist und sich die Prozesse bereits gut eingespielt haben. Im Hinblick auf die diversen Grossprojekte – sie denkt dabei an Schulraum, Hallenbad, Werkhof, um nur einige Beispiele zu nennen – ist die Gemeinde darauf angewiesen, dass alles richtig funktioniert in der Bauabteilung, alles effizient abläuft und die verschiedenen Beteiligten gut zusammenarbeiten. Die gemeinderätliche Baukommission ist sicher sinnvoll und natürlich auch das interne Bauprojektmanagement, sodass die Übersicht über alle Bauprojekte intern bei der Gemeinde ist und nicht etwas aus dem Ruder läuft. Die Fraktion nimmt den Erfahrungsbericht wohlwollend zur Kenntnis. Sie hofft, dass die verschiedenen Grossprojekte in den nächsten Jahren erfreulich abgewickelt werden können.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Erfahrungsbericht zur Reorganisation der Bauabteilungen.

Interpellation G. Löhr, SP: Brandruine Kernmattstrasse – Wie lange noch?**1. Welche Pläne hat der Gemeinderat mit dieser Liegenschaft?**

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP teilt mit, der Gemeinderat habe entschieden, die Liegenschaft nicht mehr weiter zu betreiben, sondern die Parzelle mangels strategischen Nutzens im Baurecht abzugeben. Der Verkauf wurde ebenfalls geprüft und vom Gemeinderat verworfen. Die Eckwerte eines Baurechtsvertrags wurden mit einer beidseitigen Absichtserklärung vereinbart, jedoch noch nicht ganz abgeschlossen.

2. Stimmt es, dass ein Projekt für den Wiederaufbau seit einem Jahr vorliegt?

Als Entscheidungsgrundlage lag eine Studie vor, die die Möglichkeiten und Auswirkungen eines Wiederaufbaus auf den bestehenden Grundmauern mit einem kompletten Abbruch und Neubau mit geringeren Nutzungsmöglichkeiten als den bestehenden vergleichsweise aufzeigt. Eine weitere Entscheidungsgrundlage ist die sich in Arbeit befindliche Gesamtanalyse des Portfolios Finanzvermögen.

3. Wie weit ist die Umsetzung dieser Pläne bereits gediehen? Wann kommt das Geschäft in den Einwohnerrat?

Gemäss Antwort 1 hat der Gemeinderat beschlossen, die Parzelle im Baurecht abzugeben.

4. Der Gemeinderat hat schon mehrmals mit der Immobilienstrategie argumentiert; grundsätzlich dürfen aber nur keine Liegenschaften verkauft werden. Welchen Grund gibt es, eine Liegenschaft jahrelang kostenintensiv ungenutzt und unbenutzbar zu belassen?

Mit dem erwähnten Vorgehen können grössere Fehlinvestitionen vermieden werden.

5. Gibt es weitere Liegenschaften, die der Gemeinderat ähnlich verwaltet?

Nein. Mit der laufenden Analyse zum Gesamtportfolio Finanzvermögen liegen zudem Entscheidungsgrundlagen vor, wie mit allen Liegenschaften des Finanzvermögens künftig umgegangen werden soll.

6. Welche Kosten haben sich mittlerweile für entgangene Mietzinseinnahmen, aber auch das Baugerüst und weitere Unkosten im Zusammenhang mit der Brandruine summiert? Welche Kosten trägt die Versicherung und was bleibt an der Gemeinde hängen?

Bei Brandausbruch im Juli 2016 waren nur noch zwei Wohnungen und ein Hobbyraum in der Liegenschaft Kernmattstrasse 20 vermietet. Die Liegenschaft Kernmattstrasse 18 stand leer und war unbewohnbar. Dies führt zu entgangenen Mietzinseinnahmen von 66 297 Franken während der letzten 3,5 Jahre. Die Kosten für das Notdach zur Erhaltung der Aussenmauern belaufen sich auf 53 727 Franken inkl. der aufgelaufenen Mietkosten. Im Schreiben der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung vom 13. Oktober 2016 hat die Gebäudeversicherung die Rückerstattung für die Kosten des Notdachs in Aussicht gestellt, sofern das Gebäude wiederaufgebaut wird. Die Aufräumarbeiten nach dem Brandfall gliedern sich in zwei Teile. A.) Statische Sofortmassnahmen und Brandschutträumung mit Kosten von CHF 48 591.95. B.) Entfernen des beschädigten Gebäudeteils durch Feuer und Wasser mit Kosten von CHF 68 397.95. Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung hat zugesichert, 92 000 Franken für die Aufräumarbeiten zu übernehmen, zuzüglich 20 000 Franken für Mietzinsausfälle. Die nicht getragenen Kosten betragen für die Gemeinde in der Summe demnach rund 70 000 Franken.

Ralph Büchelin, SP äussert, vor ziemlich genau vier Jahren brannte das Gebäude an der Kernmattstrasse. Seither steht eine Ruine dort. Es ist wirklich eine Ruine. Der Votant hat es sich selbst angeschaut. Es stehen nur noch die Aussenmauern. Innen ist alles ausgehöhlt, nur noch verkohlte Balken, die Mauern sind marode. Alles wurde eingerüstet und mit einem Notdach überdeckt. Seither nerven sich die Anwohner über den Zustand. Eigentlich hätte man das Gebäude schon lange abreißen müssen. Dann hätte man sich die ganzen Kosten sparen können. Es wird argumentiert, dass die Parzelle übernutzt sei und

man die Aussenmauern daher stehen lassen musste. Aber wäre es nicht besser gewesen, Tabula rasa zu machen und dann halt ein neues Gebäude auf einer entsprechend zurückgesetzten Grenze zu bauen? So ist z.B. eine Ecke des Gebäudes sehr nahe an der Strasse, was auch korrigiert werden könnte. Jetzt soll die Parzelle mit der Ruine im Baurecht verkauft werden. Die SP möchte dazu vom Gemeinderat Näheres erfahren und beantragt Diskussion. Zudem ist die Fraktion für Überweisung des Postulats von Gaida Löhr.

Der Präsident weist darauf hin, dass es sich um eine Interpellation und nicht um ein Postulat handelt. Er möchte nun über den Antrag auf Diskussion abstimmen lassen.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 31 JA / 7 NEIN (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Die SP ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

://: Diskussion wird beschlossen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Traktandum 6

Nr. 80/XII

Interpellation SP-Fraktion: Fernwärme mit erneuerbarer Energie

1. *Ist es richtig, dass die Primeo Energie nicht in der Lage ist, innert nützlicher Frist erneuerbare Energie zu liefern?*

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP: Ja und Nein. Bereits heute setzt der Wärmeverbund rund 10 Prozent erneuerbare Energie ein, die aus Umweltwärme (Birsig und Abwasser) gewonnen wird. Die Frage muss abhängig vom saisonalen Wärmebedarf betrachtet werden. Im Sommer produziert die Wärmeversorgung deutlich über 50 Prozent erneuerbare Energie, damit sind auch die Vorschriften des kantonalen Energiegesetzes erfüllt. Die Votantin kündigt an, dass die Antworten den Anwesenden noch schriftlich abgegeben werden. Die Wärmeversorgung in der Übergangszeit und im Winter muss aber zusätzlich aus fossilen Energiequellen betrieben werden, weil die Primeo Energie dafür nicht genügend erneuerbare Wärme liefern kann. Dies wiederum führt dazu, dass der Durchschnitt an erneuerbarer Energie im Jahr bei rund 10 Prozent liegt.

2. *Inwiefern ist das Versprechen auf 50% erneuerbare Energie auch für die Primeo Energie verbindlich?*

Es ist so verbindlich wie jedes Versprechen, das man macht und auf das man sich nicht behaften lassen kann. Die Gesetzgebung schreibt keinen Mindestanteil erneuerbarer Energie vor. Einen juristischen Hebel, um die 50 Prozent einzufordern und irgendwelche Konsequenzen daraus abzuleiten bei Nichterfüllung, gibt es nicht.

3. *Stimmt es, dass die IWB, die damals ebenfalls interessiert waren, die entsprechende Energie liefern könnte, und auch Interesse hätte, dies zu tun?*

Das ist grundsätzlich richtig. Im Anschluss an die Einwohnerratssitzung vom August 2019, als es um die Holzheizzentrale ging, meldete sich die IWB bei der zuständigen Gemeinderätin und teilten ihr mit, dass

sie einen Strategiewechsel vorgenommen habe und dass man in der Lage und bereit sei, die erforderliche Menge erneuerbare Wärmeenergie zu liefern, allerdings nicht an die Primeo als Zwischenhändlerin. Das Netz gehört, wie die Anwesenden wissen, der Primeo und die Gemeinde ist daher darauf angewiesen, dass die Primeo das Netz zur Verfügung stellt. Die Primeo hat sich auf entsprechende Anfrage negativ geäußert. Sie sind nicht daran interessiert, das Netz zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile wurde diese Auskunft auch mehrfach bestätigt. Primeo hat kein Interesse daran, das Netz zu verkaufen. Sie würden von der IWB abnehmen. Die IWB will nicht an die Primeo liefern. Das ist immer noch die Ausgangslage.

4. Hat der Gemeinderat abgeklärt, zu welchen Bedingungen ein Wechsel zur IWB möglich wäre?

Die Rednerin hat die Frage soeben beantwortet. Dies kommt zurzeit nicht in Frage aus den geschilderten Bedingungen.

5. Sieht der Gemeinderat andere Möglichkeiten, die versprochenen 50% erneuerbare Energie für die Fernwärmebezüger zu garantieren? Wenn ja, welche?

Bedingt gibt es folgende andere Möglichkeiten:

1. Die absolute Menge erneuerbare Energie aus Umweltwärme, die in das Wärmenetz fließt, ist ganzjährig in etwa konstant. Abhängig von den eingesetzten zusätzlichen Wärmequellen verändert sich der prozentuale Anteil erneuerbarer Energie. Dieser Anteil in Prozent ist im Sommer und generell, wenn wenig Wärme bezogen wird, hoch. Wie bereits erwähnt genügt dies für Neuanschlüsse, um Brauchwarmwasser mit dem gesetzlich vorgegebenen erneuerbaren Anteil zu versorgen. Wenn die angeschlossenen Verbrauchsstellen wenig Wärme beziehen bzw. verbrauchen, steigt auch der erneuerbare Anteil, d.h. das Senken der Heiztemperatur bzw. der Bezug einer reduzierten Leistung sowie die Isolation der Gebäudehüllen (bei den angeschlossenen Liegenschaften) leisten bereits unter heutigen Betriebsbedingungen einen Beitrag zu einem höheren Anteil erneuerbare Energie im Wärmeverbund und damit zum Klimaschutz, da weniger fossile Brenn-/Heizstoffe eingesetzt werden müssen. Dies genügt allerdings nicht, um den 50 Prozent Anteil ohne weitere Massnahmen zu erreichen.
2. Um den Anteil im ganzjährigen Durchschnitt massiv zu erhöhen, muss die Wärme in der kühlen/kalten Zeit aus einer zusätzlichen erneuerbaren Energiequelle geliefert werden. Die Technologien dafür sind in Zusammenhang mit dem Standort der Heizanlage für die Wärmeerzeugung zu betrachten. Generell ist der Bau von mehreren neuen dezentralen oder die Umrüstung der bestehenden Anlagen zur Wärmeproduktion auf erneuerbare Energiequellen aus ähnlich gelagerten Gründen ebenso unsicher zu realisieren wie eine grössere Anlage (Standort Spiegelfeld). Kosten und Effizienz sind zudem bei mehreren dezentralen Anlagen äusserst ungünstig.
3. Möglich wäre der Bau einer Wärmezentrale ausserhalb von Binningen, falls Primeo einen Standort und günstige Bedingungen für den Bau einer Anlage findet und die Einspeisung ins Binner Netz gewährleistet ist.

Erik Schellenberg, SP erklärt, wie wiederholt dargestellt, sei die Situation unbefriedigend. Die Fraktion ästimmert sehr, dass der Gemeinderat versucht etwas zu machen. Aber sie sieht auch, dass die Situation verkorkt ist. Es muss einmal eine Lösung geben. Seiner Meinung nach sollte man damit anfangen, dass die Gemeinde versucht, sich die richtigen Informationen vom Wärmeversorger Primeo Energie zu beschaffen und diese an die Bevölkerung zu kommunizieren. Dies geschieht bisher nur sehr rudimentär verglichen mit anderen vergleichbaren Wärmenetzen. In Riehen bspw. wird genau und sauber kommuniziert, welchen Anteil an erneuerbaren Energien, welche Energien und welche Zentralen es gibt. Das ist dort alles klar ersichtlich. Diese Verpflichtung erfüllt Primeo Energie nicht. Der Votant plädiert dafür, dass man versucht mehr Druck zu machen – so gut dies halt geht –, sodass Primeo Energie besser informiert und vorwärts macht, um eine Lösung zu finden. Wie diese dann auch aussehen mag. Es kann nur ein Kompromiss sein und ein Kompromiss ist für alle nicht perfekt. Die SP beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 29 JA / 7 NEIN (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Die SP ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

://: Diskussion wird beschlossen.

Simone Abt, SP hat noch eine kleine Verständnisfrage. Die zuständige Gemeinderätin Caroline Rietschi hat vorhin ausgeführt, dass mehrere dezentrale Standorte genauso schwierig zu realisieren wären wie ein grosser. Woher stammt die Einschätzung? Ist dies eine Stellungnahme der Primeo oder die Einschätzung der Verwaltung und wie begegnet man dem? Die Votantin findet es ernüchternd bis beklemmend.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP antwortet, die Einschätzung sei sowohl von der Primeo, der Gemeinde wie auch vom externen Berater, der die Gemeinde in dieser Frage begleitet. Was man im Grossen macht, stösst auch im Kleinen nicht auf grosse Begeisterung. Es braucht eine Anlage und dort müssen z.B. Holzschnitzel geliefert werden. Auch dort gibt es dann mehr Fahrten. Wenn man dies in einem einzelnen Quartier oder in jedem Quartier macht, dann braucht es dort erstens auch Platz. Zweitens muss die gleiche Infrastruktur mehrfach aufgebaut werden. Es verursacht also mehr Kosten. Zudem stellen sich auch dort die Fragen der Fahrten, des Verkehrs, des Kamins etc. Weiter stellt sich die Frage, wieviel Leistung produziert werden kann, wenn man es dezentral macht. Die ganze Gemeinde damit abzudecken, ist einfach sehr unrealistisch. Daher ist es eine Einschätzung, bei der sich alle involvierten Parteien einig sind, dass man damit das Ziel nicht erreicht. Das heisst aber nicht, dass man dort, wo es dezentrale Anlagen gibt, nicht versucht das Maximum rauszuholen. Aber das damit das Ziel erreicht werden kann, ist eher unrealistisch, vor allem weil der Preis dann auch sehr hoch ist.

Beatrice Büschlen, Grüne erläutert, ursprünglich sei eigentlich angedacht und geplant gewesen, den Anteil der erneuerbaren Energie auf 80 Prozent zu setzen. Man hat auch vor Jahren damit Werbung betrieben und es gab sicher Neukunden, die sich aus diesem Grund an das Fernwärmenetz angeschlossen haben. Wenn die Primeo sich weigert das Netz zu verkaufen, was denkt der Gemeinderat: Wo liegt die Schmerzgrenze von Kundenabgängen? Wie viel Kundenbestand rentiert noch?

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP äussert, diese Frage müsste die Primeo beantworten. Sie kann nicht beantworten, wo die Schmerzgrenze der Primeo liegt. Bisher ist sie offenbar noch nicht erreicht. Andere Signale hat die Rednerin nicht erhalten. Sie kennt das Berechnungsmodell der Primeo nicht.

Marc Schinzel, FDP erklärt, die ganze Situation sei aus Sicht der FDP völlig unbefriedigend. Die WBA wurde vor ungefähr 6 Jahren verkauft mit dem Versprechen, das im Raum stand – ob dies nun vertraglich war oder nicht, aber es stand klar im Raum und es war wichtig für den Verkauf –, dass man 50 Prozent erneuerbare Energie liefert. Seither ist nichts in diese Richtung passiert. Der Redner ist auch etwas unbefriedigt von der Antwort des Gemeinderats. Es geht ihm einfach zu lange. Er hat das Gefühl, man könnte dort noch etwas zulegen und möchte dies wirklich anmahnen. Es ist nicht so, dass die IWB den Strategiewechsel kurz vor dem Entscheid Holzschnitzel-Kraftwerk gemacht hat. Wer das hören wollte, hat die Signale schon vorher gehört. Sie haben auch immer zu erkennen gegeben, dass sie z.B. selbst Holzheizkraftwerke erstellen würden. Es ist wichtig, dass man dort dran bleibt und er hofft für die Zukunft, dass der Gemeinderat mit mehr Druck dahinter geht. Einfach nur zu hören, dass die Primeo das Netz nicht verkaufen möchte und man wieder nicht weiterkommt, reicht ihm in dieser Sache nicht. Es ist seines Erachtens auch im Gemeinderat zu viel Zeit verstrichen mit dem Projekt Holzschnitzel-

Kraftwerk im Spiegelfeld, das von Anfang an ungeeignet war. Dort hat man seiner Meinung nach Ressourcen und Zeit verschenkt. Jetzt an einem Strang zu ziehen und mit der IWB und der Primeo dort den nötigen Druck allenfalls öffentlich aufzusetzen, das wünschen er und seine Fraktion sich.

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Binningen muss Bauzonen aufgeben?

1. *Kennt die die Gemeinde Binningen ihrer Wohn-, Misch- und Zentrumszonen-Auslastung und wie hoch ist sie?*

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bejaht die Frage. Die Auslastung der Wohn-, Misch- und Zentrumszonen liegt gemäss Bauzonenstatistik der Gemeinde Binningen, Auszug aus der Applikation Siedlungsflächenreserven vom Amt für Raumplanung (ARP), per Juni 2019 bei gesamthaft 95 Prozent. Der Anteil Wohnzonen liegt bei 97 Prozent, Zentrumszonen liegen bei 100 Prozent, Zonen für öffentliche Nutzungen bei 82 Prozent, Sonstige liegen bei 100 Prozent.

2. *Ist die Gemeinde Binningen von dieser Überprüfung aufgrund der bestehenden WMZ-Auslastung betroffen?*

Nein. Dies ist zudem mit einem Schreiben von Dr. Martin Kolb, Leiter des Amts für Raumplanung, vom 2. Oktober 2019 bestätigt worden. Betroffen sind 31 Gemeinden des Kantons, davon aus dem Leimental einzig die Gemeinde Burg.

3. *Was sind die nächsten Schritte der Gemeinde Binningen?*

Aufgrund der oben genannten Werte und der in der Interpellation genannten Vorgaben entsteht kein Handlungsbedarf.

4. *Gedenkt der Gemeinderat den Einwohnerrat über diese raumplanerische Überprüfung der Bauzonen mit einer Vorlage zu orientieren?*

Nein, da sich kein Handlungsbedarf ableitet, Verfahren mit Beteiligten oder Kompetenzen des Einwohnerrats auslöst. Die kantonale Richtplanung ist in der Kompetenz des Kantons. Interessierte Personen finden unter folgendem Link transparente Informationen: www.baselland.ch > Politik und Behörden > Direktionen > Bau- und Umweltschutzdirektion > Raumplanung > Raumbeobachtungen.

5. *Ist aus heutiger Sicht mit einer «Auszonung» in Binningen zu rechnen?*

Nein.

6. *In was für einem Zusammenhang steht die formulierte Initiative der SP Binningen «Binner Boden behalten» zu diesem Überprüfungsauftrag des kantonalen Richtplans; wie ist die rechtliche Lage und was für Konsequenzen sind zu erwarten?*

Aus raumplanerischer Sicht ist kein Zusammenhang erkennbar.

Interpellant Daniel Zimmermann, FDP ist nicht ganz sicher, ob er Diskussion verlangen soll. Mit sich selbst zu sprechen, macht keinen Spass. Er dankt dem zuständigen Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Es hat sich aus der Durchschnittsprozentberechnung relativ viel geklärt.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Postulat R. Büchelin, SP: Ladestationen für Elektrofahrzeuge

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP führt aus, die Verkaufszahlen für Elektrofahrzeuge nehmen ständig zu. Im Jahr 2019 wurden gemäss Bundesamt für Statistik über 13 000 E-Fahrzeuge zugelassen. Das ist eine Steigerung von 144 Prozent im Vergleich zu 2018. Der Trend ist deutlich steigend und landesweit werden auch immer mehr Ladestationen erstellt. Leider aber nicht immer im gewünschten Ausmass, um mit der zunehmenden Zahl der Elektrofahrzeuge Schritt zu halten. Um dieser Entwicklung zu entgegnen, wäre es wünschenswert, wenn in Binningen vermehrt Ladestationen angeboten werden würden. Auf privater resp. auf geschäftlicher Ebene gibt es z.B. eine Ladestation bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank an der Baslerstrasse. Diese wird rege benutzt. Häufig sind beide Ladesäulen besetzt. In der Nachbargemeinde Bottmingen sind auf Initiative der Gemeinde auf dem Parkplatz der Gemeindeverwaltung Ladestationen erstellt worden. Für das vorliegende Geschäft empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen. Als fortschrittliche Gemeinde könnte Binningen hier jedoch ein Zeichen setzen und einen Beitrag für eine nachhaltige Mobilität leisten. Man könnte auch bestehende und zukünftige Solaranlagen für die Speisung der Ladestationen nutzen. Die SP-Fraktion empfiehlt dem Rat daher, das Postulat zu überweisen.

Roman Oberli, SVP dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat namens der SVP für die Erarbeitung der Vorlage. Aus Sicht der SVP sind der Bau und Betrieb einer E-Ladestation keine Aufgaben der Gemeinde. So baut sie ja bspw. auch keine Tankstellen. Der Staat sollte hier nicht in den Markt eingreifen und die Privaten, die in Binningen bereits Stationen gebaut haben, wie z.B. die BLKB, konkurrieren. Die Fraktion wird daher dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat nicht überweisen.

Peter Frauchiger, FDP erwähnt, auch die FDP danke für den Bericht. Die Fraktion spricht sich nicht für eine Überweisung des Postulats aus. Der Hautgrund für die ablehnende Haltung liegt – ähnlich wie es die SVP geäussert hat – in der klaren Position, dass sie es nicht als Aufgabe des Gemeindewesens sieht, Ladestationen zu erstellen und zu betreiben. Auch im Grundsatz ist ein effektiver und effizienter Umgang mit dem Budget der Gemeinde zu begrüssen. Mit Ausblick auf die nahe Zukunft kommt diesem Aspekt noch mehr Bedeutung zu.

Thomas Schwarb, Grüne signalisiert, die Grünen unterstützen das Postulat. Der Hintergrund des Bedarfs der Ladestation ist der, dass Einwohnerinnen und Einwohner mangels Anschlüssen nicht immer die Möglichkeit haben, ein Elektrofahrzeug bei sich zu Hause zu laden. Sei es, weil sie Mieter sind oder weil es die Räumlichkeiten nicht zulassen. Daher hält die Fraktion es für etwas Wichtiges und hier unterscheidet sie sich auch von den beiden Vorrednern. Die Einschätzung, was die Gemeinde als Versorgungs- und Entsorgungsaufgaben hat, ist nicht einfach so gegeben. Man könnte genauso Strassen privatisieren. Man könnte alle anderen Dienstleistungen, auch die Entsorgung, völlig privatisieren. Hier gibt es keine natürliche Grenze. Entsprechend stellt sich immer die Frage: Welche Dienstleistungen muss man der Bevölkerung erbringen, damit sie einen lebenswerten Rahmen hat? Wenn dort ein Defizit festgestellt wird, dann ist es sehr wohl Aufgabe der Gemeinde einzuspringen.

Das heisst im Übrigen auch nicht, dass die Gemeinde Stromanschlüsse bauen muss – so verstehen die Grünen das Postulat auch nicht –, sondern dass sie entsprechend der Energiestrategie die Möglichkeiten ein E-Fahrzeug zu laden aktiv fördert und dafür Parkplätze zur Verfügung stellt, damit die Primeo oder jemand anderes eine solche Ladestation aufstellen kann. Momentan sieht es so aus, als müsste die Primeo oder sonst jemand durch die Strasse gehen und schauen, ob es irgendwo einen geeigneten Park-

platz gibt und dann mit einem Vorschlag kommen. Der Votant findet, so könne es ja nicht sein. Die Gemeinde muss geeignete Standorte benennen und dann eine Ausschreibung oder ähnliches machen, damit Ladestationen entstehen.

Rahel Amacker, CVP erläutert, die CVP/glp-Fraktion setze sich für die Förderung nachhaltiger Mobilität ein. Das ermöglicht eine starke Reduktion des CO₂-Ausstosses, von Luftschadstoffen und Lärm. Daher findet die Fraktion die Idee gut und unterstützt das Postulat für zwei Standorte in Binningen. In Basel-Stadt existieren bereits einige öffentliche Ladestationen. Im Leimental kann jedoch nicht die Rede sein von einem Netz von öffentlichen Ladestationen. Als Gemeinde Binningen können wir mit einem guten Beispiel vorangehen und unseren Beitrag zu einer umfassenden Ladeinfrastruktur in der Schweiz leisten. Eins darf man nicht vergessen: Der Verkehr in der Schweiz verursacht rund einen Drittel der gesamten CO₂-Emissionen und ist damit ein Hauptverursacher. Der Bund verfolgt das Ziel, die Elektromobilität zu fördern. Erfreulicherweise steigt die Nutzung der Elektroautos. Im Jahr 2019 waren bei den neu eingelösten Personenwagen in der Schweiz 4,2 Prozent rein elektrisch angetrieben und 8,4 Prozent hybrid. Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit dieser Anteil weiter erhöht werden kann? Fakt ist, dass die Schweiz ein Land von Mietern ist, wo der Zugang zu einer privaten Ladestation oft nicht gegeben ist. Daher braucht es ein flächendeckendes Netz von öffentlichen Ladestationen zu fairen Preisen. Wichtig ist auch die Förderung von Ladestationen in Garagen und Parkplätzen bei Mietwohnungen.

Natürlich gibt es zum Projekt noch viele offene Fragen bezgl. Kosten, Effizienz und Nutzung. Es ist wichtig, dass die Fragen geprüft werden können. Mit der realen Nachfrage kann gezeigt werden, wie viele Personen das Angebot nutzen und ob sich die Erstellung von öffentlichen Ladestationen finanziell lohnt. Mit dem Start von zwei Ladestationen können diese Fragen mit einem vernünftigen Aufwand geprüft werden. Die CVP/glp sieht verschiedene geeignete Standorte bspw. bei zentralen, öffentlichen Plätzen wie den Parkplätzen vor der Gemeindeverwaltung oder im Parkhaus beim Kronenmattsaal oder Binninger Schloss. In diesem Sinn unterstützt die Fraktion das Postulat. Sie möchten zudem anmerken, dass das Ganze eher wie eine Motion formuliert wurde. Sie unterstützen das Anliegen aber im Sinne eines Postulats. Sprich: prüfen und berichten.

Beatrice Büschlen, Grüne hat noch zwei Rückmeldungen. Die eine betrifft das Budget resp. die Kosten. Das Betreiben von Ladestationen generiert Einnahmen. Vor allem wenn es von der Stromproduktion von kommunalen oder gemeindeeigenen Dächern kommt, denn man kann mehr verlangen als die Primeo für den eingespiessenen Strom bezahlt. Beim zweiten Punkt möchte sie der FDP antworten. Wenn man in Binningen eine Ladestation hat, dann ist das natürlich auch Standortförderung. Es erhöht die Aufenthaltsdauer der Leute in der Gemeinde. Das ist ein Vorteil für das Gewerbe in Binningen, weil man möglicherweise noch etwas einkaufen geht. Vielleicht haben die Geschäfte dann am Samstagnachmittag auch etwas mehr oder etwas länger offen.

Luzi Jehle, SP weist darauf hin, dass im Postulat klar steht «in Zusammenarbeit mit Primeo Energie». Es geht nicht direkt darum, dass die Gemeinde selbst eine Ladestation installieren muss, sondern dass man einfach den Platz zur Verfügung stellt. Es gibt auch andere Beispiele. Im Gelterkinden z.B. arbeitet die Gemeinde mit der EBL zusammen. Dort hat man gute Erfahrungen gemacht. Kostentechnisch: Wenn man den Parkplatz dafür zur Verfügung stellt, kostet eine solche Zapfsäule nicht extrem viel. Man redet hier von vierstelligen Beträgen in Schweizer Franken. Wenn Binningen hier mitmacht, dann ist es ein eigenverantwortliches Handeln bevor man durch das Gesetz von höherer Stelle irgendwann dazu gezwungen wird. Der Redner findet, man sollte dies einfach machen.

Daniel Zimmermann, FDP findet, man sollte es nicht machen, möchte aber noch auf das Votum der Grünen zurückkommen. Er ist der Meinung, man könne ein Postulat in der Diskussion auch schön reden. Wenn er den Antrag oder den Auftrag an den Gemeinderat liest, dann heisst es, man muss die Station erstellen. Wenn man das Postulat im Gedankengut von mithelfen und Parkplätze zur Verfügung stellen etwas anders formuliert hätte, könnte man sich durchaus gewisse Sympathien abringen. Es gibt tatsäch-

lich Gemeinden, die solche Projekte unterstützen. Aber so wie es hier formuliert ist, ist es ein finanzielles Investment der Gemeinde, das vollumfänglich von der Gemeinde bezahlt werden muss. Das entspricht nicht die Kernaufgabe einer Gemeinde.

Felix Gerber, glp ist überzeugt, dass man in Zukunft blickend beim gemeindeeigenen Fuhrpark sicher ebenfalls auf Elektromobilität umstellen wird. Dann könnte man die Synergie nutzen und die Ladestationen, die die Gemeinde selbst benötigt, auch gleich der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Das sollte man überlegen. Zudem ist ihm das Budget-Argument der FDP-Fraktion aufgefallen, dass man sparen muss und es jetzt finanziell nicht möglich ist. Das ist sicher richtig. Aber wenn man die Grössenordnung anschaut, dann ist es kein stichhaltiges Argument. Wie eben gehört, waren von der Energiestrategie in den letzten vier Jahren wenig greifbare Resultate sichtbar. Es wäre eine einfache Möglichkeit, um sinnvoll und effizient Geld in die Hand zu nehmen und etwas zu machen, das die Bürger auch sehen und zeigt, dass die Gemeinde vorangehen möchte.

Thomas Häfele, FDP bittet den Postulanten, seinen Vorstoss vielleicht noch etwas zu präzisieren. Es steht allgemein nur Elektrofahrzeug. Es gibt eine Vielzahl von Elektrofahrzeugen. Bei der aktuellen Diskussion geht es scheinbar um Elektro-PKWs. Der Sinn des Postulats scheint ihm nicht, dass die Gemeinde Ladestationen für E-Bikes oder E-Skooter zur Verfügung stellt.

Ralph Büchelin, SP erklärt, die Einreichung des Postulats sei bereits einige Zeit her. Der Vorstoss datiert vom 25. Februar 2019. Die Situation mit der E-Mobilität verändert sich schnell. Er sagt nicht, die Gemeinde solle ein Netzwerk von Ladestationen erstellen. Es soll nur ein Input sein. Der Vergleich von Roman Oberli, dass die Gemeinde auch keine Tankstellen bauen würde, hinkt für ihn. Es ist eine ganz andere Sache. Es geht hier um Strom und nicht um Benzin. Für den Postulanten geht es darum, dass die Gemeinde einen Input bringt und einmal zwei Ladestationen macht. Fertig. Danach schaut man weiter.

Simone Abt, SP musste doch etwas über Daniel Zimmermann schmunzeln, der effektiv geäussert hat, das Postulat sei eine schwere finanzielle Belastung und man müsse unbedingt Distanz vom Auftrag «Prüfen und Berichten» nehmen, den Ralph Büchelin verlangt. Gleichzeitig wirft die junge entschlossene Kollegin sofort ein, es sei eine Motion. Man hätte eine Motion einreichen müssen. Ja, man hätte eine Motion einreichen können. Dann wäre aber der Zahn der Zeit, den der Postulant angesprochen hat, vielleicht noch etwas unangenehmer zu spüren gewesen. Die Votantin ist der Meinung, man könne prüfen und berichten. Wie ist die Situation und was sind die Möglichkeiten? Sie findet nicht, dass man sich derart vor einer hypothetischen finanziellen Belastung drücken muss, die noch nicht einmal ausgerechnet ist. Es ist ein Auftrag auf prüfen und berichten. Das sollte man tun und es anschliessend anschauen. Damit fällt dem Rat kein Stein aus der Krone. Wenn es dann derart teuer ist, kann man das Ganze immer noch ablehnen. Wenn es denn so wäre, aber wie gesagt vierstellig.

Barbara Fankhauser, SVP ist der Ansicht, dann sollte man das Postulat vielleicht noch etwas erweitern resp. ein zweites einreichen. Für die Feuerwehr wird gleich noch ein Container angeschafft. Wenn nämlich einmal ein solches Auto explodiert, dann braucht es spezielle Container, in welche die Fahrzeuge untergebracht werden. Elektrofahrzeuge können nicht einfach so gelöscht werden. Es kämen also noch einige Kosten hinzu. Wenn man überlegt, wo die Ladestationen hinkommen würden oder könnten, ist es genau neben dem Schulhaus. Dort gibt es sowieso nochmals weniger Parkplätze. Dann beginnt vielleicht irgendwann etwas zu brennen, die Rednerin findet dies sehr erheiternd, und das Schulhaus kann gleich nochmals neu gebaut werden. Sie betont nochmals: Es keine Sache der Gemeinde.

Marc Schinzel, FDP findet es gerade aus freisinniger Sicht, zumindest für das Protokoll, wichtig zu bemerken, dass im privaten Bereich sehr viel passiert. Er konnte gerade verschiedentlich Einblick nehmen. Es ist heute relativ häufig der Fall, dass Mietshäuser und Überbauungen erstellt werden, bei denen die Anschlüsse gleich installiert werden. Das ist eine gute Sache. Man macht es auch bei Einfamilienhäusern. Es ist in diesem Rahmen gar nicht so wahnsinnig teuer. Es kommt dann darauf an, ob man langsam

oder schnell möchte. Gerade in Mietshäusern und in modernen Überbauungen ist es sogar ein Standort- oder Vermietungsvorteil. Es geschieht dort schon sehr viel. Das ist vielleicht auch etwas die Haltung der Freisinnigen.

Andrea Alt, CVP glaubt, es handelt sich um ein Missverständnis. Ihre Fraktion fand nicht, es müsse als Motion überwiesen werden. Sie ist viel mehr der Meinung, dass der Vorstoss den Eindruck einer Motion erweckt: «[...] wird aufgefordert zu erstellen». Die CVP hätte sich eher gewünscht, dass es heisst: «[...] wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, ob die Möglichkeit besteht dies zu erstellen». Dieser Punkt wurde auch von Daniel Zimmermann angesprochen. Man könnte prüfen und berichten und nicht gleich fordern, dass es zu erstellen ist.

Der Präsident erklärt, das Instrument des Postulats ist ein Antrag auf Prüfung und Berichterstattung. Das steht so in der Geschäftsordnung.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 21 JA / 18 NEIN (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 84/XII

Motion D. Zimmermann, FDP: Werterhaltung ist planbar

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP teilt mit, nachdem der Fraktion das integrale Erhaltungskonzept «Werterhaltung und Massnahmenplanung» durch das externe Ingenieurunternehmen Gruner Böhlinger AG für die Gemeinde Binningen vorliege, werde sie der Begründung des Gemeinderats folgen. Die SVP wird die Motion deshalb als erledigt abschreiben.

Erik Schellenberg, SP äussert, auch seine Fraktion konnte den Bericht studieren. Kurz zusammengefasst konnten sie daraus schliessen, dass die Gemeinde auf einem guten Weg ist und das Strassennetz sowie die unterirdische Infrastruktur gut und sinnvoll unterhält. Die SP spricht sich deshalb auch für Abschreiben der Motion aus.

Daniel Zimmermann, FDP schildert, die Motion sei vor zwei Jahren eingereicht worden mit dem Gedanken, dass man eine gewisse Unsicherheit in Zusammenhang mit dem Budget gespürt hat, wo es hingehet. Die Welt hat sich in der Zwischenzeit etwas verändert. Der Motionär dankt dem Gemeinderat, dass er das integrale Managementsystem in einer gewissen politischen Transparenz dem Parlament vorgelegt hat. Er findet es ein sehr gutes Papier. Auch aus fachlicher Sicht gibt es eine gewisse Sicherheit, dass man in Zukunft blickend mit den Werterhaltungsthemen im Strassenraum – es können später aber auch bei den Immobilien gleiche Fragen auftauchen – eine gewisse planerische Sicherheit hat und dahinter versteckt sich natürlich auch die finanzielle Sicherheit. Die FDP kann mit gutem Gewissen dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

ABSTIMMUNG

Abschreibung: 37 JA (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 10

Nr. 183/XII

Postulat D. Zimmermann, FDP: Sicherheit im Strassenraum

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, die FDP habe den Bericht mit grossem Interesse gelesen und zur Kenntnis genommen. Er dankt dem Gemeinderat, dass er sich dem Thema gewidmet hat. Es war bei der letzten Bauvorlage der zuständigen Gemeinderätin nicht ganz so offensichtlich klar, ob sie motiviert ist, auf das Thema einzutreten. Der Bericht selbst scheint ihm sehr gut. Er möchte aber dennoch einige Sachen dazu sagen, da die FDP-Fraktion der Meinung ist, das Postulat sollte nicht als erledigt abgeschrieben werden. Im Bericht wird erwähnt, dass die Aufträge letztlich an Ingenieurbüros vergeben werden und diese in der fachlichen Kenntnis wissen, was sie zu tun haben. Das ist leider aus der Erfahrung nicht immer so, denn die Normen –, die nebenbei bemerkt nicht rechtsverbindlich sind, sondern für die Ingenieure als Empfehlungen angeschaut werden – sind immer im Wandel und auch das Gesetz verändert sich. Der Postulant gibt ein Beispiel: Am 1.1.2021 wird es die Situation geben, dass bis 12jährige Kinder auf dem Trottoir fahren dürfen. Ob sich ein Ingenieur bei einem Strassenbauprojekt der Gemeinde um die Ein- und Ausfahrten der privaten Liegenschaften kümmert, mag er bezweifeln. Also ist die Aussage, die der Gemeinderat in seinem Bericht macht, nur teilweise richtig. Es gibt noch viele andere Beispiele, die zeigen und dazu geführt haben, dass der Bund das Road Safety Audit und das Road Safety Inspection eingeführt hat. Weil es genau nicht so ist, wie es der Gemeinderat schreibt.

Was will der Votant damit sagen? In Binningen werden in 10 Jahren vielleicht ein oder zwei Strassenprojekte gebaut. Er kommt wie bei den Ladestationen auf das Thema Kosten. Was ein solches Road Safety Audit im Verhältnis zum Projekt selbst kostet, steht in keinem Verhältnis. Es liegt bei unter einem Prozent. Wenn man im Road Safety Audit aber anschliessend Schwachstellen aufdecken kann, die dem Projekt nutzen – man wird dies in 3-4 Jahren vielleicht bei dem Projekt merken, welches in der Paradiesstrasse bewilligt wurde, bei dem interessanterweise auch jemand erkannt hat, dass die Schwachstellen in dem Bereich sind, wo das Projekt aufhört –, dann appelliert er an den Rat, dass er dem Thema Verkehrssicherheit unter dem Aspekt der laufenden Sicherheitsveränderungen und gesetzlichen Veränderungen zustimmt und sagt: Es ist uns in Binningen wert, jedes Strassenprojekt über ein solches Road Safety Audit prüfen zu lassen. Es kann durchaus sein, dass man einen guten Ingenieur hat und es wird nichts entdeckt. Es kann aber sehr wohl auch sein, dass Sicherheitsmängel entdeckt werden und diese möchte man ja eigentlich auf unseren Strassen bei unseren Projekten vermeiden. Der Redner dankt dem Gemeinderat, ist aber der Meinung, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden sollte.

Bettina Benthous, SP äussert, auch die SP sei für Sicherheit im Strassenraum, wie das Postulat komischerweise heisst. Das ist der Fraktion sehr wichtig, aber alles mit Augenmass. Die Forderung nach einer Sicherheitsprüfung durch ein Road Safety Audit ist für grosse und viel befahrene Strassen durchaus

sinnvoll. Aber wie vorgeschlagen auf jeder kleinen Quartierstrasse macht keinen Sinn. Hier gibt es interne und externe Verkehrsfachleute, die sich die Strassen anschauen und die Sicherheit beurteilen. Es stellt sich klar die Frage der Verhältnismässigkeit. Die Votantin hat das Gefühl, es sei ein Misstrauen gegenüber den Fachleuten, dass sie sich das nicht richtig anschauen. Bei der Paradiestrasse/Neubadrain hat sich gezeigt, dass ein Road Safety Audit gemacht wurde und es trotzdem stundenlange Diskussionen im Rat gab, weil man nicht geglaubt hat, was die gesagt haben. Wieso macht man dann ein Road Safety Audit? Die SP findet dies übertrieben und ist für Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Karin Glaser, Grüne macht klar, die Grünen/EVP seien sehr für die Strassensicherheit. Es macht auch sicher Sinn, Externe prüfen zu lassen, ob ein Bauvorhaben auszuführen ist oder nicht. Aber ob dies bei jedem Bauvorhaben im Strassenbau wirklich nötig ist, bezweifelt die Fraktion. Sie traut der Bauverwaltung resp. den zuständigen Personen zu, dass sie dies bei kleinen Vorhaben selbst abschätzen können. Die Grünen sind zufrieden mit dem Bericht und folgen den Anträgen des Gemeinderats.

Jürg Blaser, SVP erwähnt, die SVP habe von der Antwort des Gemeinderats Kenntnis genommen. Sie ist mit den Erläuterungen in Bezug auf die zukünftige Anwendung der Road Safety Audit einverstanden. Speziell ist die Fraktion damit einverstanden, dass sie nur situativ zur Anwendung kommen sollte, speziell aber bei grösseren Projekten. Damit sind nach ihrer Meinung die Grundanliegen des Postulats erfüllt.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Abschreibung: 28 JA / 9 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 11

Nr. 189/XII

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Rückbau Gasnetz Binningen

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP teilt mit, der Rat werde die Antwort schriftlich zugestellt erhalten.

1. *Wie stellt sich der Gemeinderat Binningen grundsätzlich zu diesem politischen Auftrag an den Gasnetzbetreiber IWB und muss die Gemeinde Binningen ihre «Energiepolitik» deshalb überdenken?*

Der politische Auftrag an den Gasnetzbetreiber ist vertraglich über die Gaskonzession vereinbart. Deren Fortschreibung ist unbestritten. Solange im Kanton Basel-Landschaft kein gesetzlicher Auftrag für einen Rückbau des Gasnetzes besteht, wird es auf wirtschaftlicher Basis weiter betrieben. Bereits heute werden andererseits die Produktion und die Nutzung der erneuerbaren Energien in Binningen propagiert. Vor diesem Hintergrund eröffnet die Energieplanung die möglichen Massnahmen für die Gemeinde.

2. *Was hat der Gemeinderat Binningen seit der Kenntnisnahme dieser «Stilllegungs-Strategie» bis heute in der politischen Verantwortung unternommen?*

Der Gemeinderat traf sich zu Gesprächen über die Planungen und Möglichkeiten mit den Energieversorgern IWB und Primeo. Der Gemeinderat nahm Stellung zum Kantonalen Teilrichtplan Energie Basel-

Stadt, welche eine Gasausstiegsstrategie enthält, und verlangte, in die Planungen einbezogen zu werden. Und der Gemeinderat hat eine Energieplanung in Auftrag gegeben.

3. Was sind die Resultate dieser Diskussionen resp. Verhandlungen?

Die IWB sicherten zu, frühzeitig, d.h. vor Ablauf eines ganzen Lebensdauerzyklus einer Gasheizung, die Möglichkeiten für die Umstellung mit den betroffenen Anspruchsgruppen – dazu gehört auch Binningen – zu entwickeln und zu kommunizieren. Primeo sicherte die enge Zusammenarbeit und Entwicklung von Lösungen betreffend die Wärmeversorgung zu, wobei sie bislang keine tragbaren Lösungen präsentieren konnte. Basel-Stadt hat das Anliegen um Einbezug in den Mitwirkungsbericht zum Kantonalen Teilrichtplan Energie aufgenommen.

4. Wann kommen konkrete Informationen zur «Energiestrategie 2030» an alle Immobilienbesitzer der Gemeinde Binningen?

Die Energiestrategie der Gemeinde aus dem Jahr 2016 und der Energiefonds 2014, mit welchem energetische Sanierungen bei privaten Liegenschaften gefördert werden, sind eingerichtet. Die Immobilienbesitzer wurden seither jährlich direkt angeschrieben und zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen, um sich über die Ziele und Möglichkeiten sowie Förderbeiträge im Energiebereich zu informieren. Ein energetisch guter Baustandard wie z.B. Minergie P erlaubt bereits heute, die Raumwärme erneuerbar bereit zu stellen. Sobald die Energieplanung erstellt ist und konkrete Massnahmen daraus ersichtlich sind, wird der Gemeinderat die Immobilieneigentümer informieren. Dies sollte, wenn alles nach Plan läuft, im Verlaufe des nächsten Jahres der Fall sein.

5. Soll ein Eigenheimbesitzer in Binningen in den nächsten 5 Jahren noch in den Ersatz einer Gasheizung investieren?

Eine pauschale Antwort ist wenig nützlich und sinnvoll, auch wenn die Lebensdauer einer Gasheizung typischerweise bei fünfzehn Jahren liegt. In einem ersten Schritt ist es besser, das energetische Potenzial für Verbesserungen über den Lebenszyklus der Liegenschaft abzuschätzen und die möglichen Massnahmen abzuleiten. Sodann spielen bei den Entscheidungen individuelle Überlegungen wie Klimaschutz, Einzeltauglichkeit, Bereitschaft in erneuerbare Energie zu investieren eine wichtige Rolle.

6. Ist die Gemeinde Binningen vom erwähnten punktuellen Rückbau im Baselbiet betroffen? Falls diese Abklärung noch nicht gemacht ist, will der Gemeinderat für diese Beantwortung besorgt sein?

Die Gemeinde Binningen ist vorerst nicht vom punktuellen Rückbau des Gasnetzes betroffen. Wie oben erwähnt, ist der Austausch des Gemeinderats mit den Behörden von Basel-Stadt und den IWB gewährleistet. Der Gemeinderat greift diese Fragen zudem mit den Energieversorgern und weiteren Anspruchsgruppen in der Energieplanung auf und wird gestützt darauf mögliche Massnahmen empfehlen.

7. Wie beurteilt der Gemeinderat Binningen den terminlichen Fahrplan dieser Gasnetz-Stilllegung und was sind die nächsten Schritte des Gemeinderates?

Der Gemeinderat ist im wiederkehrenden Austausch mit den Behörden von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, mit den Energieversorgern sowie den Gemeinden, um frühzeitig von Neuerungen auch in Zusammenhang mit dem Gasnetz zu erfahren. Der nächste Schritt ist die bereits mehrfach erwähnte Energieplanung, welche im Verlauf des Jahres 2021 die Möglichkeiten dazu aufzeigen soll.

Interpellant Daniel Zimmermann, FDP dankt für die Antwort.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Anfrage Th. Haefele, FDP: Sekundarschule Binningen rechtsfreier Raum?

Nr. 14

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP liest die Einleitung zur Anfrage vor, damit die Verbindung zu den einzelnen Fragen besteht. Er wird dies auch bei der zweiten Anfrage Nr. 15 tun.

1. *Wer ist Grundeigentümer des Areals der Sekundarschule Binningen?*

Der Kanton Baselland.

2. *Wer ist für Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Sekundarschule zuständig, tagsüber, nachts und am Wochenende, und basierend auf welcher Rechtsgrundlage?*

Zuständig ist der Kanton Baselland, welcher abgestützt auf das kantonale Polizeigesetz die Regelungen, Massnahmen (z.B. Aufenthaltsverbot, Video-Überwachung) prüfen und je nach Grundlage umsetzen kann. Bei eingehenden Reklamationen durch die angrenzenden Anwohner, bei Lärmstörungen und Nichteinhalten der Ruhezeiten rückt die Gemeindepolizei oder der Pikettdienst Ruhe und Ordnung an die Örtlichkeit aus. Je nach vor Ort angetroffener Lage werden die Verursacher gemäss Polizeireglement der Gemeinde wegen Lärm, Littering an den Gemeinderat angezeigt.

3. *Wer ist für die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes auf dem Areal der Sekundarschule zuständig, z.B. die Sicherstellung der Feuerwehrezufahrt, und basierend auf welcher Rechtsgrundlage?*

Auf dem Schulareal: Der Eigentümer Kanton Baselland, der z.B. ein richterliches Verbot für das Areal einreichen kann. Kontrolle und Verzeigungen bei Widerhandlungen gehen direkt an die Staatsanwaltschaft Baselland.

Auf Zufahrten: Anwendung des Strassenverkehrsgesetzes (Bundesgesetz). Die Zufahrten vom Ziegelweg her werden regelmässig von der GePo kontrolliert und bei Antreffen von parkierten Fahrzeugen im Halteverbot, gelb markierten Streifen, Zufahrt der Rettungsfahrzeuge wird das Ordnungsbussenverfahren eingeleitet. Es handelt sich beim Strassenverkehrsgesetz um ein Bundesgesetz und somit steht auch die KaPo in der Verantwortung und kann entsprechende Ordnungsbussen ebenfalls ausstellen. In der Regel werden Fahrzeuge bei dieser Zufahrt am Abend, Wochenende dort abgestellt. Es handelt sich meistens um Nutzer der Sportanlage. Das Gespräch wurde auch erneut mit den Vereinsleitungen geführt.

4. *Wer ist für die Reinigung des Schulgeländes als auch des direkten Umfelds der Sekundarschule zuständig?*

Schulareal: Betriebsunterhalt der Sekundarschule (Abwart).

Umfeld (darunter ist die Allmend zu verstehen): Werkhof der Gemeinde Binningen.

5. *Existiert ein Dialog zwischen Gemeinde und Kanton bezüglich Sicherheit und Ordnung auf dem Areal der Sekundarschule?*

Zwischen der Sekundarschulleitung Binningen, Schulpsychologen, GePo, KaPo und Jugendarbeiter werden regelmässige Sitzungen durchgeführt. Aktuelle Probleme werden im Dreieck Schulleitung, GePo, KaPo analysiert und die entsprechenden Massnahmen koordiniert.

6. *Gibt es Vereinbarungen zwischen Gemeinde und Kanton, nach welcher das Gebiet der Sekundarschule Binningen rund um die Uhr öffentlich zugänglich sein muss?*

Eine solche Vereinbarung ist der Gemeinde nicht bekannt.

7. *Gibt es von Seiten des Gemeinderates (insb. PGs 5, 6, 7 & 9) ein Konzept, wie Ruhe und Ordnung auf dem Areal des Sekundarschulhauses ausserhalb der Schulzeiten sichergestellt werden?*

Nein. Für Ruhe und Ordnung gelten die Bestimmungen des Polizeireglements.

1. Welche betroffenen Orte («Hotspots») sind dem Gemeinderat bekannt?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP zählt auf: Schlosspark, Einstellhalle Schloss, Sitzbank Weihermattstrasse, Sitzbank Hasenrainstrasse, Spielplatz APH Hasenrainstrasse, Sitzplatz Tschuppbaumacker, Kinderspielplatz Drisselweg. Die Örtlichkeiten wechseln sich ab oder je nach Jahreszeit kommen andere dazu.

2. Welche Sofortmassnahmen gedenkt er vorzunehmen?

Sofortmassnahmen wurden bereits umgesetzt und werden laufend angepasst. Die Patrouille Prävention ist jeweils von Donnerstag bis Sonntag unterwegs. Weitere Massnahmen sind in Bearbeitung, müssen rechtlich beurteilt und anschliessend vom Gemeinderat bewilligt werden.

3. Es stehen an unterschiedlichen Orten z.B. oberhalb des Schlossackers Plakate „Gute Nachtruhe“ mit Bussenandrohung von Fr. 5000.-. Sind bereits Bussen ausgesprochen worden? Wenn ja wie viele?

Ja. Der Bussenausschuss prüft alle Verzeigungen an den Gemeinderat und legt das Strafmass aufgrund des Bussenkatalogs der Gemeinde fest. Über die Höhe und Anzahl der Bussen wird keine Auskunft gegeben.

4. Welche weiteren Sofortmassnahmen sieht der Gemeinderat vor um eine Auflösung der Hotspots zu erreichen?

Bereits unter Frage 2 beantwortet. Erhöhung der Patrouillentätigkeit und Videoüberwachung sind prüfenswerte Optionen.

5. Ist es möglich das Jugendhaus während den Sommermonaten häufiger zu öffnen und wie sehen die Covid-Schutzmassnahmen im Jugendhaus aus?

Es ist eine Frage der Ressourcen und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Für das Jugendhaus wurde ein entsprechendes Schutzkonzept erstellt basierend auf den Vorgaben des DOJ (Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz).

6. Kann die Arbeit der Streetworker wieder aufgenommen bzw. die personellen und finanziellen Ressourcen der Jugendarbeiterinnen erhöht werden?

Eine mögliche Ressourcenerhöhung ist zurzeit in Prüfung und ein entsprechender Antrag wird dem Gemeinderat und Einwohnerrat im Rahmen der Budgetberatung 2021 demnächst vorgelegt.

7. Ist ein runder Tisch mit Vertretern der Schulen, Polizei, kommunalen Jugendarbeiterinnen und der Jugendarbeit BL vorgesehen um gute Lösungen für die Bedürfnisse von alt und jung zu erreichen?

Ja. Es werden jährlich zwei runde Tische Jugend durchgeführt. Teilnehmer sind die GePo Binningen, Polizei Baselland, Jugendsachbearbeiterin oder -bearbeiter, Polizei Baselland Gemeinde, Leitung Sekundarschule, Schulpsychologen, Jugendhausleitung, Jugendsachbearbeiter, katholische Kirche Binningen und reformierte Kirche Binningen-Bottmingen. Es ist wünschenswert, dass künftig je nach Thema auch die Abteilungsleiter BKS und EWS teilnehmen sollen.

1. Was steht in dieser Charta? Wo findet man diese?

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erläutert, die Charta wird durch die federführende Geschäftsstelle von Agglo Basel nach Unterzeichnung aller Beteiligten demnächst öffentlich präsentiert und zugänglich gemacht. Das Agglomerationsprogramm Basel hat das Thema Parkierung in der 3. Generation aufge-

nommen und das Ziel einer von den Gemeinden getragenen Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung formuliert. Dieses Ziel wurde nun in der 4. Generation angegangen und in einem gemeinsamen Prozess vorangebracht. Der auf langfristige Sicht hinaus und ergebnisoffen angelegte Prozess hat im Agglomerationsprogramm der 4. Generation eine strategisch wichtige Lücke geschlossen.

2. Weshalb erhält der Einwohnerrat diese Information nur via Binninger Anzeiger und nicht vom Gemeinderat direkt?

Die amtlichen Informationen des Gemeinderats im Binninger Anzeiger richten sich sowohl an den Einwohnerrat als auch an alle übrigen interessierten EinwohnerInnen und Personen. Wie erwähnt sind diverse Agglogemeinden involviert und die detaillierte Kommunikation wird durch Agglo Basel koordiniert und sichergestellt.

3. Weshalb hat der Gemeinderat der Unterzeichnung eines brisanten Themas zugestimmt, ohne vorher den Einwohnerrat zu konsolidieren? Der Gemeinderat ist ausführendes Organ, der Einwohnerrat beschliessendes. Weshalb wartet er nicht die Haltung des Einwohnerrats ab? Schliesslich hat er vor der Gründung des Vereins Leimental + versichert, der Einwohnerrat könne bei solchen Themen mitreden.

Die Charta ist eine Absichtserklärung; nicht weniger, aber auch nicht mehr. Es handelt sich nicht um ein Binninger Thema oder des Leimentals, sondern der stadtnahen Agglogemeinden. Die bestehenden Bewirtschaftungsregelungen sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Charta formuliert dabei den kleinsten gemeinsamen Nenner aller involvierten Gemeinden und Städte. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt daraus eine Änderung eines Reglements oder Leistungsauftrags ergeben, wovon im Falle der Gemeinde Binningen aus heutiger Sicht nicht auszugehen ist, würde dies dem Einwohnerrat als legislative Behörde selbstverständlich zur Beratung und Genehmigung vorgelegt.

4. Zum wiederholten Male wurde der Einwohnerrat umgangen. Die Worte und Taten des Gemeinderats sprechen zwei Sprachen. Daraus stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat nicht (mehr) mit dem Einwohnerrat zusammenarbeiten will?

Die Votantin verweist auf die vorhergehende Antwort. Der Einwohnerrat wurde nicht umgangen. Der Gemeinderat hat als Exekutive in eigener Kompetenz beschlossen, diese Charta, die wie erwähnt eine reine Absichtserklärung ist, zu unterzeichnen.

5. Wenn ja: Weshalb verfolgt der Gemeinderat diese Linie?

6. Wenn nein: Weshalb hält sich der Gemeinderat nicht an seine Aussagen?

Damit erübrigen sich die Fragen 5 und 6.

Anfrage B. Fankhauser, SVP: Energiestrategie - Holzschnitzel-Anlage wie weiter?

Nr. 17

1. Wurde für die an einem völlig unmöglichen Standort geplante Holzschnitzelanlage (Spiegelfeld) ein anderer möglicher Standort evaluiert?

Ja. Primeo evaluierte als mögliche Standorte Spiegelfeld und Bottmingerstrasse 103. Details dazu finden sich in der Studie im Einwohnerratsgeschäft.

2. Wurde die Evaluation eines solchen Standortes überhaupt in Angriff genommen, oder wurde die Evaluation auf Eis gelegt oder gar definitiv aufgegeben?

Die Evaluation von Standorten geht von Primeo aus. Die Gemeinde unterstützt dabei mit ihrem Fach- und Standortwissen.

3. Ist primeo und/oder von der Idee einer Holzschnitzel-Anlage ganz abgekommen?

Die Planung der geeigneten Energieressource liegt bei Primeo. Derzeit sind verschiedene Möglichkeiten in Abklärung.

4. *Wieso wird diese gescheiterte Mission mit keinem Wort im Bericht erwähnt, ist doch das Thema 'Holzenergie' im Dokument Energiestrategie Binningen aufgeführt?*

Die Heizzentrale ist im Aktivitätenprogramm erwähnt. Zitat: «von Primeo vorgeschlagener Standort Spiegelfeld stösst auf Ablehnung, weitere Ideen hat die Primeo derzeit nicht». Weitere Abklärungen auch zu Alternativen bezgl. Energieressource sind wie erwähnt im Gang. Spruchreif ist Stand heute noch nichts.

Anfrage B. Fankhauser, SVP: Covid-19 - Einfluss auf die Gemeindefinanzen

Nr. 18

1. *Können bereits erste Prognosen betreffend Belastung Gemeindefinanzen gemacht werden? Wie sehen diese aus? (Rechnung 2020)*

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bejaht die Frage. Der Gemeinderat hat sich mit dem Thema befasst und kommt zum Schluss, dass die negativen Prognosen des Kantons für das Jahr 2020 nicht 1:1 für Binningen zutreffend sein müssen. Trotzdem wird mit einer Einbusse gerechnet. Der Gemeinderat geht aber insbesondere auch aufgrund der Erfahrungen vergangener Jahre und dem wesentlich geringeren Anteil an juristischen Personen, deren Ausfall von Kapital- und Einkommenssteuern bei den kantonalen Betrachtungen überproportional ins Gewicht fällt, davon aus, dass Binningen mit einer deutlich geringeren Steuereinbusse als vom Kanton prognostiziert wird, rechnen kann. Eine konkrete Zahl kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden. Zumal der Gemeinderat sich aktuell erst in der ersten Lesung des Budgets befindet.

2. *Über die Unterstützungsgelder der Härtefallfonds wurde breit informiert. Gab es nach Ablauf der Frist weitere Anfragen? Wenn ja wie viele und in welcher Höhe?*

Nein, es gab keine weiteren Gesuche.

3. *Kann sich der Gemeinderat vorstellen, solche Härtefallfonds wieder zu machen?*

Über diesen Aspekt wird der Gemeinderat beraten, wenn die Folgen der aktuellen Krise bewältigt sind und / oder die Situation sich derart verändert, dass sich die Frage der Behandlung möglicher weiterer Anfragen stellen sollte. Was man aktuell sagen kann ist, dass die Rückmeldungen der Antragsteller durchaus positiv waren und insb. die rasche und unbürokratische Handhabung geschätzt wurde.

4. *A) Welchen Einfluss haben die zusätzlichen Gelder (z.B. Härtefallfond) auf die Budgetierung?*

Aktuell keine. Hinsichtlich der getätigten Härtefallbeiträge handelt es sich um Nachträge, welche der Gemeinderat unterjährig und im Rahmen seiner Finanzkompetenz gesprochen hat. Da der weitere Verlauf der Pandemie nicht vorhersehbar ist, werden auf Basis des heutigen Wissensstandes auch keine derartigen Beträge für das Jahr 2021 budgetiert werden. Allerdings werden die Prognosen betreffend Steuerertrag angepasst werden müssen (siehe Antwort zu Frage 1).

- B) Welche generellen Einflüsse hat die Pandemie auf die Budgetierung?*

Die Budgetierung des Folgejahres erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo das Ergebnis der Rechnung des aktuellen Jahres noch offen ist. Da die Einschätzung des Kantons für das Steuerjahr 2021 positiver ausfallen wird als für das 2020 hat die Pandemie aus Sicht der Gemeinde nur bedingte Auswirkungen auf das Budgetjahr 2021 (siehe Antwort zu Frage 1).

5. *Welchen Einfluss hat die Pandemie auf den Finanzplan?*

Der Einfluss der Pandemie ist aktuell in den BAK- und Kantonsprognosen abgebildet, welcher aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung des Steuersubstrats in Binningen schwerlich ablesbar ist. Der Gemeinderat möchte den im Vergleich mit den Prognosen des Kantons aus den oben genannten Gründen, wie z.B. wenig juristische Personen in Binningen, eher optimistischen Weg in der Steuerprognose auch für das Jahr 2021 fortführen. Trotzdem wird im Budget mit einer Steuereinbusse gerechnet, welche das Budget entsprechend belasten wird.

6. *Wie wird seitens Gemeinde sichergestellt, dass Gelder nicht aus drei Töpfen (Bund, Kanton, Gemeinde) bezogen werden?*

Es wurden die notwendigen Dokumente eingefordert, damit eine doppelte Auszahlung vermieden werden kann.

7. Bei den durchaus realistischen negativen finanziellen Folgen (z.B. weniger Steuerertrag) auf die kommenden Jahre wollen wir vom Gemeinderat wissen:

A) Ist der Gemeinderat bereit bei den Investitionen hinunterzufahren, sei es in der Dimensionierung der Projekte oder sogar, dass Projekte auf Eis gelegt werden?

Ob und wie die Projekte umgesetzt werden können, hängt insbesondere auch von der Überarbeitung resp. Prüfung des Finanzreglements ab. Allerdings ist dieses beim Einwohnerrat noch pendent. Solange der Gemeinderat mit dem aktuellen Finanzreglement und dem aktuellen Artikel 41 der GO kalkulieren muss, sind die aktuellen Investitionsprojekte mit einer Gesamtsumme von rund 177 Mio. Franken in den kommenden 15 Jahren in der Summe nicht umsetzbar. Sobald das Finanzreglement überarbeitet resp. bewilligt ist, wird der Gemeinderat die Kostenfrage zusätzlich auch aus einer anderen Warte stellen müssen, nämlich ob diese HRM2-konform ist und wie die entstehenden Kosten von der Gemeinde getragen werden können. Die Frage kann deshalb so, wie sie jetzt gestellt ist, nicht beantwortet werden, da zuerst die Pendenzen / eingangs genannten Themen geklärt werden müssen.

B) Oder zieht der Gemeinderat es vor, Steuern zu erhöhen, um die Investitionen zu finanzieren? Ist der Gemeinderat bereit, auch im Finanzhaushalt zu sparen, um Steuerausfälle zu kompensieren? Wenn ja, was ist eine realistische Grösse und wie können solche Massnahmen aussehen?

Wenn nein, warum nicht?

Der Gemeinderat kennt die Konsequenzen hinsichtlich der in der Investitionsplanung eingestellten Projekte resp. der zu tätigen Investitionen auf den Finanzhaushalt seit längerem. Er hat dem Einwohnerrat bereits im Jahr 2018 zusammen mit der Immobilien-Strategie eine langfristige Kalkulation des Finanzhaushalts unterbreitet. Diese zeigte auf, dass verschiedenste Massnahmen getroffen werden müssen, um alle Investitionsprojekte umsetzen zu können, wenn ein strukturelles Defizit vermieden werden soll. Die damalige Ausgangslage hat sich zwischenzeitlich nicht wesentlich verändert. Im Gegenteil ist die Investitionssumme seit 2018 erneut angestiegen, insbesondere werden auch die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt, die Steuerbelastung und die langfristigen Auswirkungen auf die Rechnung der Gemeinde aufgezeigt werden. Insbesondere im Hinblick auf die Konformität mit HRM2 gilt es, einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt anzustreben. Die Frage einer Steuererhöhung kann demnach zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beantwortet werden, da zu viele Abhängigkeiten bestehen und die Palette der Massnahmen eingegrenzt werden muss. Es wäre nicht seriös, jetzt ein Massnahmenpaket mit einer «realistischen Grösse» von Investitionen zu nennen. Es ist aber aufgrund der Vorgaben von HRM2, welches einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt erfordert, unrealistisch, dass der aktuell vorliegende Investitionsplan ohne einschneidende Massnahmen sowohl auf der Ertrags- wie auch gleichwohl auf der Aufwandsseite umgesetzt werden kann.

Anfrage S. Abt, SP: Schenkungen an die Gemeinde

Nr. 20

1. *Wurde der Gemeinde ein solches Angebot unterbreitet?*

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP verneint die Frage. Im Gebiet des Teilzonenplans 13 war gemäss Einwohnerratsgeschäft Nr. 34 vom 7. Januar 1997 sowie dem Bericht der Bau- und Planungskommission vom 25. Februar 1997 zum Thema Änderung der Teilzonenvorschriften vorgesehen, mit der auch mit diesem Geschäft beschlossenen Umzonung einer Teilfläche in eine ÖWA-Zone Park, der Gemeinde mit dem testamentarischen Vollzug zu einem späteren Zeitpunkt die entsprechende Fläche zu vermachen. Das Testament muss vor Ableben der Grundeigentümerschaft der betreffenden Parzelle geändert worden sein, sonst wäre diese Teilparzelle in der ÖWA-Zone Park tatsächlich der Gemeinde zugesprochen worden.

2. *Wie häufig kommen Schenkungen (insbesondere von Boden) an die Gemeinde vor?*

Sehr selten.

3. *Wer wurde darüber informiert?*

Gemeinderat, Einwohnerrat und Öffentlichkeit waren insofern informiert, als dass die vorgesehene Übertragung der Parzelle an die Gemeinde mit der damalig beantragten Zonenänderung zusammenpassend war. Der Übertrag war aber eben erst mit dem Ableben der Grundeigentümerschaft zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

4. *Ist die Bevölkerung von einer solchen Schenkung betroffen?*

Nein.

5. *Hat die Binninger Bevölkerung einen Anspruch, über Schenkungen informiert zu werden? Wenn nein -warum nicht?*

Ein Anspruch besteht kaum. Der Entscheid dazu liegt primär beim Schenkenden. Im vorliegenden Fall war die Öffentlichkeit wie vorher erläutert über die Absichten informiert.

6. *Wer entscheidet über Annahme oder Ablehnung von Schenkungen an die Gemeinde? Auf welche gesetzlichen Bestimmungen stützt sich diese Zuständigkeit?*

Der Gemeinderat gemäss Gemeindegesetz und Gemeindeordnung.

7. *Wurde im konkreten Fall die Schenkung eines wertvollen Grundstücks tatsächlich abgelehnt?*

Nein, wie erläutert lag nie ein Schenkungsantrag vor.

8. *Wer hat diesen Entscheid getroffen?*

Es gab keinen Entscheid.

9. *Welche Überlegungen waren dafür ausschlaggebend?*

Die Gründe, welche zu einer testamentarischen Änderung bei der Grundeigentümerschaft geführt haben, sind bei der Gemeinde nicht aktenkundig / nicht bekannt.

10. *Was sind die Folgen dieses Entscheids für die Bevölkerung?*

Keine, da es nie einen Entscheid gegeben hat.

11. *War der Entscheid im Interesse der Binninger Bevölkerung? Wenn ja, aus welchen Gründen?*

Keine Antwort.

Traktandum 12

Diversa

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP dankt dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat für die speditive Behandlung der zahlreichen Geschäfte. Es wurden sehr viele Pendenzen abgearbeitet. Die nächste Sitzung findet am 21. September um 19.30 Uhr statt. Er freut sich darauf, möglichst alle dann wieder zu sehen und wünscht einen schönen Abend. Damit schliesst er die Sitzung um 21.36 Uhr.

ER-Sitzung vom 24. August 2020

			Traktandenliste	Gesch. Nr. 205/XII	Gesch. Nr. 169/XII	Gesch. Nr. 80/XII	Gesch. Nr. 129/XII	Gesch. Nr. 84/XII	Gesch. Nr. 183/XII	
			01	02	03	04	05	06	07	08
Nr.	Name	Fraktion	Anpassung der Traktandenliste	Berichterstattung wiederkehrend alle 2 Jahre	Diskussion	Diskussion	Überweisung Postulat	Abschreibung Motion	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Wölnerhanssen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Jehle	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Weber	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Hafner	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
27	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja	Nein
31	Schinz	FDP	Ja	Ja	Not voted	Not voted	Nein	Not voted	Ja	Enthaltung
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
35	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Keller	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
TOTAL										
Ja			39	39	31	29	21	37	39	28
Nein			0	0	7	7	18	0	0	9
Enthaltungen			0	0	0	0	0	0	0	2
			39	39	38	36	39	37	39	39